

Bündnis 90/Die Grünen, Carlo-Mierendorff-Str. 1, 64823 Groß-Umstadt

An das

Parlamentarisches Büro

Markt 1

64823 Groß-Umstadt

19.04.2023

Änderungsantrag:

Sehr geehrter Herr Handschuh,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 11.05.2023 zu nehmen:

Beschlussantrag:

Die Vertreter*innen der Stadt Groß-Umstadt in der Verbandsversammlung des ZAW setzen sich bei der anstehenden Neuausschreibung zur Einsammlung von Plastik- und Verpackungsmüll mit dem „Dualen System Deutschland“ in unserem Landkreis, aktiv für die zusätzliche Einführung der gelben Tonne als Alternative zum „Gelben Sack“ ein. Sie votieren in der Verbandsversammlung entsprechend der Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung.

Begründung:

Nach unseren neuesten Informationen ist es möglich sowohl die „Gelben Säcke“ als auch die „Gelbe Tonne“ als Alternative an zu bieten.

Der ZAW ist zwar nicht verantwortlich für die Entsorgung, ist aber verantwortlich für die Ausschreibung.

Der Odenwaldkreis betreibt diese Variante der zwei Systeme seit Januar dieses Jahres. Auch dort ist die Firma RESO der Auftragnehmer.

Es entsteht durch die gelben Säcke nicht nur neuer Plastikmüll, insbesondere wenn die Einwohner*innen doppelte Säcke verwenden, um die Stabilität zu verbessern. Es kommt immer wieder vor, dass Säcke bei Wind und Sturm durch die Gegend geweht werden und reißen, so dass der Müll sich weit verteilt. Außerdem werden Säcke auch von Tieren zerfetzt, was zum gleichen Ergebnis führt.

Mit der zusätzlichen Einführung der gelben Tonne kann dies vermindert werden.

In der aktuellen Info-Broschüre des ZAW (19.1.23) lauten die Lösungsworte des Preisausschreibens: „Gemeinsam Klüger Entsorgen“. Das beinhaltet neben der Vermeidung von Abfall auch die Weiterentwicklung bestehender Entsorgungssysteme.

Mit dem Alternativangebot der gelben Tonne kann ein Beitrag geleistet werden, weniger Verpackungsmüll zu verursachen statt weiterhin auf die nahezu unbegrenzte Verfügbarkeit der gelben Säcke zu setzen.

Neben der Aufforderung an die Verbandsvertreterinnen im ZAW, wird auch der Magistrat gebeten, sich aktiv für eine solche „Dual-Lösung“ im Landkreis einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Annette Huber

Johannes Burghaus